

Zeltweger

Nummer 123

NACHRICHTEN

Ausgabe 123, Sodernummer 2021

Zeitung der **KPO ZELTWEG**

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Zugestellt durch Post.at,

www.kpoe-steiermark.at

Gemeindewohnungen: **NEIN zur Privatisierung!**

Der Zeltweger Bürgermeister Günter Reichhold hat angekündigt ein Drittel der Gemeindewohnungen verkaufen zu wollen. Die KPÖ lehnt jeden Verkauf von Gemeindeeigentum ab. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat bei der Wahl von Bürgermeister Reichhold klargestellt, dass wir uns erwarten, dass keine Gemeindewohnungen verkauft werden.

Schon seit mehreren Jahren ist die Privatisierung der Gemeindewohnungen Thema. Immer wieder wurde argumentiert, ein Verkauf sei notwendig um die Gemeindefinanzen zu sanieren. Die Gemeinde Zeltweg steht finanziell wieder gut da, und das ganz ohne den Verkauf der Wohnungen.

Der Verkauf von Gemeindewohnungen ist ein völlig falscher Weg „Einmal verkauft geht jede Einflussmöglichkeit der Gemeinde verloren. Die Mietkosten sind ein wesentlicher Preistreiber. Darum ist es sehr wichtig, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat leistbaren Wohnraum anzubieten. Ein hoher Anteil an günstigen Gemeindewohnungen wirkt auch preishemmend auf den ganzen Wohnungsmarkt.“; begründet KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau seine Ablehnung.

Beim ersten Privatisierungsvorstoß wurde von der SPÖ noch argumentiert man wolle ohnehin „nur“ an eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft verkaufen.

Nun hat man offensichtlich keine Hemmungen mehr sogar an private Investoren zu verkaufen. Dabei muss jedem klar sein dass Privatinvestoren die Wohnungen kaufen um damit zu verdienen, die Interessen der MieterInnen bleiben auf der Strecke.

„**Was** über Generationen geschaffen wurde, wird leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Wenn man einmal einen Teil der Wohnungen zu Geld macht, wird es in der Zukunft noch weniger Hemmungen geben, auch den Rest der Wohnungen zu verkaufen. Der Verkauf von Gemeindewohnungen ist eine sozialpolitische Bankrotterklärung der SPÖ“ so Peter Lorberau.

Die KPÖ ist strikt gegen die Privatisierung von öffentlichen Eigentum und hofft dass es noch SozialdemokratInnen gibt, die den Wert von Gemeindewohnungen nicht vergessen haben.



Private Vermieter wollen nur Profit machen - wir wollen leistbares Wohnen für Alle!

PETER LORBERAU

KPÖ

Skandal: Verkauf ohne öffentliche Diskussion

Die nächste Gemeinderatssitzung steht am 24. Juni an. Der Verkauf der Wohnungen soll aber noch im Mai beschlossen werden. Die SPÖ will scheinbar jede öffentliche Diskussion darüber vermeiden und den Verkauf per Umlaufbeschluss (Die GemeinderätInnen stimmen per E-Mail, ohne Sitzung ab) durchführen. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal!

In Zeltweg werden im Unterschied zu anderen Gemeinden in der Region wichtige und umstrittene Gemeinderatsbeschlüsse per Umlaufbeschluss durchgeführt. Eine sinnvolle Diskussion ist dann nicht möglich. In anderen Gemeinden und auch in Zeltweg gab es während des Lock-downs Sitzungen.

Jetzt soll der Verkauf der Wohnungen beschlossen werden ohne dass die GemeinderätInnen die Möglichkeit haben eine Debatte zu führen und ohne dass die ZeltwegerInnen diese verfolgen können.

Fürchtet sich die Mehrheitspartei SPÖ vor einer offenen Diskussion? Der Wahlerfolg und die Zwei-Drittel-Mehrheit sind der SPÖ offenbar zu Kopf gestiegen. Diese Vorgangsweise lässt am demokratiepolitischen Verständnis der SPÖ zweifeln.

Gemeindefinanzen: Kein Grund für Privatisierungen

An dieser Stelle haben wir in unserer letzten Ausgabe der Zeltweger Nachrichten vor drohenden Privatisierungen gewarnt. Dass sie so schnell aktuell werden würden haben wir zu diesem Zeitpunkt aber nicht erwartet.

Zeltweg steht im Vergleich zu anderen Gemeinden in der Region finanziell gut da. Dennoch wird weiter gekürzt. Die ZeltwegerInnen haben durch höhere Gebühren, niedrigere Vereinsförderungen usw. für die Kosten des Finanzskandals bezahlt. Jetzt, wo die Gemeinde wieder ausgeglichene Budgets schafft, sollen die Gemeindewohnungen privatisiert werden. Die Folgen davon werden die MieterInnen bezahlen.

Die Gemeinde hat in der Vergangenheit mit den Wohnungen sogar ein Plus erwirtschaftet. Dieses wird künftig einem Privatunternehmen zugute kommen.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Familiensilber nicht verkaufen!



Seit im Jahr 2013, als die Privatisierung der Gemeindewohnungen erstmals im Gespräch war, kämpft die KPÖ für den Erhalt der Wohnungen. Die Finanzlage der Gemeinde hat sich in den letzten Jahren deutlich gebessert. Ich habe daher nicht gerechnet, dass eine Privatisierung so schnell wieder auf die Tagesordnung kommt.

Wohnen ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse. Jeder und jede braucht ein Dach über den Kopf und es ist auch eine Aufgabe der Gemeinde sicherzustellen, dass es leistbaren Wohnraum gibt.

Die Gemeindewohnungen in Zeltweg und in vielen anderen österreichischen Gemeinden, sind in schwierigen Zeiten entstanden. Die Sozialdemokratie hat sich in den 20er Jahren zum Ziel gesetzt, die arbeitenden Menschen von der Wohnungsnot zu befreien. In dieser Zeit und auch nach dem zweiten Weltkrieg sind beispielhafte Wohnprojekte entstanden, um die Österreich oft beneidet wurde.

Heute leben wir zwar in einer Krise, der Reichtum ist aber so groß wie nie zuvor. Die Gewinne gehen aber an private Konzerne und so soll es jetzt auch mit einem großen Teil unserer Gemeindewohnungen sein. Privatisierungen haben den Menschen, außer Kosten noch nie etwas gebracht.

Wenn öffentliches Eigentum verkauft wird, verliert die Gemeinde und damit die Menschen Einfluss. Der Gemeinderat ist gewählt und wäre den Menschen verpflichtet, ein Wohnungskonzern nur dem Profit.

Der Verkauf bringt zwar kurzfristig Geld, löst aber keine grundsätzlichen Probleme. Die Mieten in Zeltweg werden aber steigen und die Gemeinde verliert die Einkünfte.

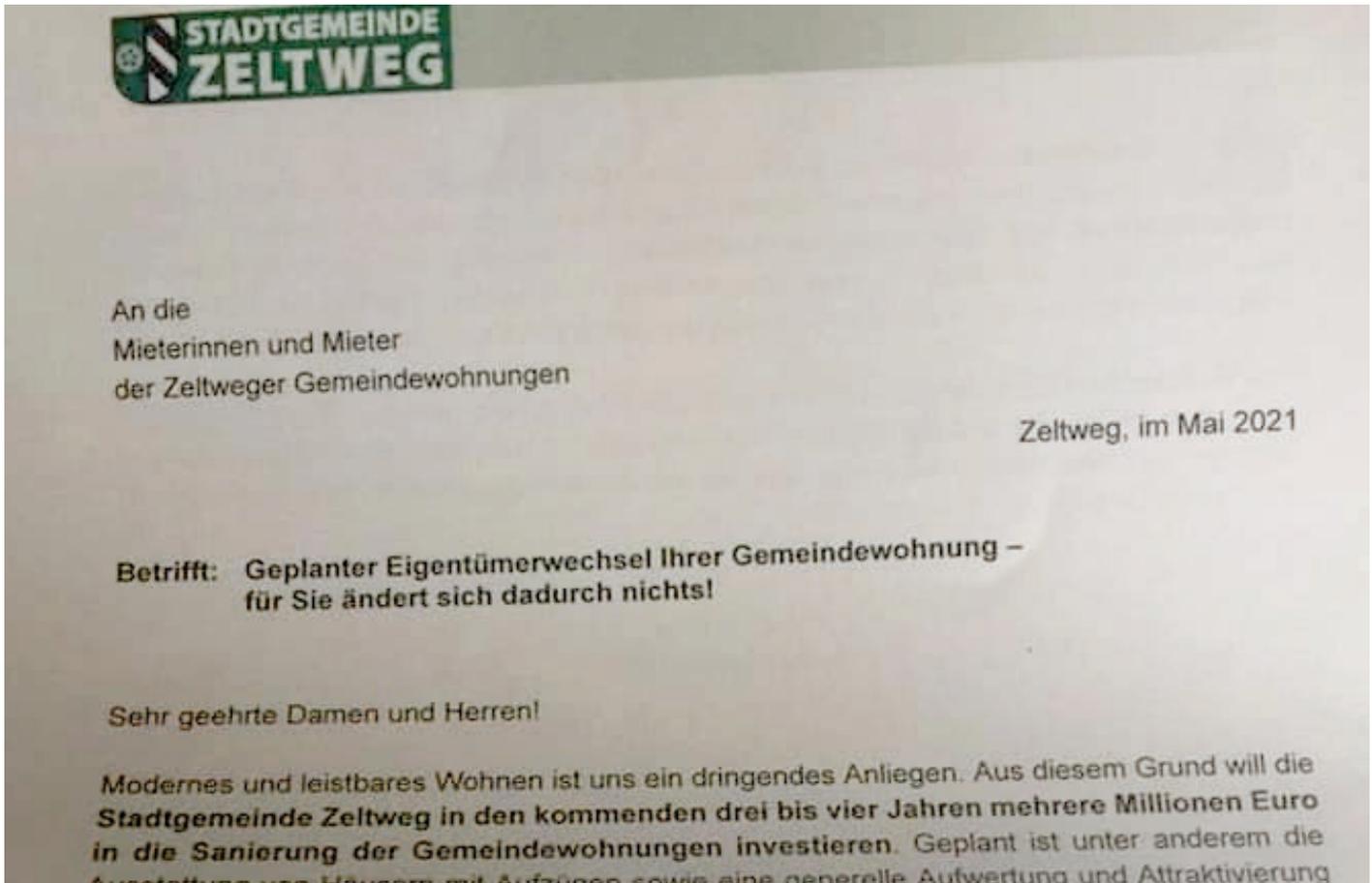
Anstatt zu privatisieren müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Gemeinden ausreichend finanziert werden. Das müsste ein Bürgermeister tun, der sich mit Weitblick für die Interessen der ZeltwegerInnen einsetzt...

**Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau
E-Mail: p.lor49@hotmail.com**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.144, 8720 Knittelfeld



Brief der Gemeinde an die MieterInnen

Wenn Sie auch so einen Brief von der Gemeinde bekommen haben, sind Sie von der Privatisierung der Gemeindewohnungen betroffen. Im Brief wird zwar behauptet, dass sich für Sie nichts ändert. Dass es Verschlechterungen gibt kann aber niemand ausschließen. Denn private Immobilienkonzerne wollen mit den Wohnungen der ZeltwegerInnen Profit machen.

Dem Brief beigelegt ist eine Antwortkarte in der Sie Wünsche und Verbesserungsvorschläge angeben können. Für Ihre Wohnung wäre die Gemeinde dann aber nicht mehr zuständig. Die KPÖ ist gegen die Privatisierung der Gemeindewohnungen: Öffentliches Eigentum ist ein hohes Gut, das über Generationen geschaffen wurde. Wir fordern, dass alle Wohnungen bei der Gemeinde bleiben und ein Sanierungskonzept ohne Privatisierungen und ohne Verschlechterungen für die MieterInnen.

Wenn Sie das auch so sehen, schreiben Sie „keine Privatisierung!“ auf die Antwortkarte und senden sie diese an die Gemeinde zurück!

Sagen Sie Nein zur Privatisierung

STADTGEMEINDE ZELTWEG
DIE SPORTSTADT

**SANIERUNGSOFFENSIVE
GEMEINDEWOHNUNGEN**

WOHNADRESSE:

IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG!

**Änderungswünsche/Ideen/
Verbesserungsvorschläge:**

Rücksendungen an:
Stadtgemeinde Zeltweg | Hauptplatz 8 | 8740 Zeltweg
oder via E-Mail an: stadtlamt@zeltweg.gv.at
Selbstverständlich haben Sie auch die Möglichkeit, die Karte direkt im Rathaus Zeltweg abzugeben!

MITMACHEN!

ÄNDERE DIE WELT - SIE BRAUCHT ES!

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten.

**UNSERE STÄRKE:
SOLIDARITÄT!**

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Aktiv werden gegen Privatisierung und Teuerung: Ohne Dich sind wir Einer/Eine zu wenig!

Wer sich die Krisenpolitik der Bundesregierung anschaut, sieht schnell die etablierten Parteien haben für die arbeitenden Menschen nichts übrig und machen eine Politik für die Reichen. Auch auf der Gemeindeebene zeigen Beispiele wie die Privatisierung der Zeltweger Gemeindewohnungen, dass die Interessen der Bevölkerung auf der Strecke bleiben. Zeit also für eine andere Politik aktiv zu werden.

Die KPÖ steht für eine Politik, die auf keinen Menschen vergisst, die den Menschen eine Stimme gibt, die sonst am wenigsten gehört werden. Nach unserem Motto „Helfen statt Reden“ unterstützen wir die Menschen auch direkt mit Beratung oder Hilfe aus unserem Sozialfonds.

Wir sind nämlich nicht in der Politik um reich zu werden: Für unsere MandatarInnen gilt eine Gehaltsobergrenze von 2.300 Euro, alles darüber kommt Menschen in Notlagen zugute.

In den Gemeinden garantieren unsere GemeinderätInnen, dass die BürgerInnen darüber informiert werden was in den Rathäusern vorgeht und unterstützen die Menschen bei ihren Anliegen.

Die aktuelle Krise zeigt den ganzen Wahnsinn des kapitalistischen Systems. Während einige wenige Superreichen noch reicher werden, sind allein in Österreich Hunderttausende arbeitslos. Das Leben wird teuer und die Löhne steigen zu wenig. Betriebe werden ins Ausland verlagert um den Profit zu steigern. Die KPÖ kämpft gegen diese Entwicklungen, im kleinen wie im großen.

Als kleine Partei brauchen wir dafür Deine Unterstützung. Werde aktiv mit uns, denn ohne dich sind wir Einer oder Eine zu wenig.

Komm vorbei in der Friedensstraße 10 in Knittelfeld, oder melde Dich telefonisch unter 03512/822 40 per Mail an knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder unter KPÖ-Murtal auf Facebook.